

ZEIT FÜR GRÜN



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

JUNI 2022

Bündnis 90/Die Grünen zu aktuellen Themen



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

die großpolitischen Ereignisse haben durch den schrecklichen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine dramatische Wende genommen.

Die Auswirkungen des Krieges in Deutschland spüren vor allen Dingen die Verbraucherinnen und Verbraucher bei den enorm steigenden Preisen für Nahrungsmittel, Gas und Öl. Gleichzeitig erhalten die aus der Ukraine flüchtenden Menschen eine große Unterstützung.

Neben dem Ukrainekrieg und dessen Folgen ist nach wie vor auch die Coronapandemie das beherrschende Thema in Presse, Fernsehen und den sozialen Medien. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Kommunalpolitik derzeit weniger Aufmerksamkeit bekommt. Auch fokussiert sich die lokalpolitische Berichterstattung in der Presse immer mehr auf das Notwendigste mit

zunehmend reduzierter Seitenzahl im Lokalteil. Beispielsweise wurde unser Forderungskatalog zum Tonabbau in Witterschlick in der Berichterstattung der Presse mit keinem Wort gewürdigt, obwohl das Papier der Presse zur Verfügung stand.

Wir Grüne in Alfter halten es daher für wichtig, über lokalpolitische Themen und Initiativen mit unserer Zeitung zu informieren. Die Kommunalpolitik in Alfter funktioniert weiterhin, sie ist lebendig und von Engagement geprägt. Was wir Grüne dazu beitragen, ist in dieser Zeitung zu lesen.

Zunächst aber noch ein kurzer Rückblick auf die Landtagswahlen. Wir Grüne haben dabei in NRW das beste Ergebnis bisher erzielen können. Aber auch die Alfterer Grünen können stolz auf ihr Ergebnis sein. Sowohl bei den Erststimmen (23,4%) wie auch bei den Zweitstimmen (23%) konnten wir Rekordergebnisse erzielen. Allen Wählerinnen und Wählern dafür ein herzliches Dankeschön!

Und: Wir haben uns noch Gedanken gemacht zu den Themen Freiheit versus „Öko-Diktatur“ und Pazifismus versus Abschreckung/militärische Stärke.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre unserer Zeitung!

**Michael Schroerlücke und
Wilhelm Windhuis**

Grüne Initiative für mehr Jugendbeteiligung erfolgreich: Alfter bekommt einen Jugendrat

Am 5. April 2022 jährte sich das Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention in der Bundesrepublik Deutschland zum dreißigsten Mal. Obwohl die damals geborenen Kinder längst erwachsen und vielfach schon selbst Eltern geworden sind, bleiben viele der sich aus der Konvention ergebenden Verpflichtungen noch längst nicht erfüllt. So sind Kinder und Jugendliche in Deutschland zum Beispiel an den sie betreffenden Entscheidungen noch viel zu selten beteiligt. Das Deutsche Kinderhilfswerk ruft zum Beispiel seit vielen Jahren dazu auf, dass Kommunen die Anliegen von Kindern stärker als bisher in ihrer Politik berücksichtigen sollen.

Auch in der Gemeinde Alfter werden häufig Entscheidungen getroffen, die die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen direkt betreffen – etwa in der Schule, im Sportverein, in der Verkehrsplanung oder in der Freizeit. Kinder selbst haben jedoch keine strukturell verankerten Möglichkeiten, sich in diese Entscheidungsprozesse einzubringen. Ein wichtiges Instrument, um hier Abhilfe zu schaffen, sind Kinderparlamente und Jugendräte. Mit ihnen können verschiedene Altersgruppen ihre Sichtweisen an die Verwaltung und die Kommunalpolitik herantragen, die sich sodann ernsthaft und transparent mit diesen auseinandersetzen müssen.

Auf unseren Antrag im Alfterer Gemeinderat hat der Ausschuss für Bildung, Generationen, Sport, Soziales, Inklusion und Kultur am 8. März 2022 einstimmig entschieden, dass die Gemeinde Alfter einen Jugendrat bekommen soll.

Die Verwaltung erarbeitet nun ein Konzept, in das auch Erfahrungen erfolgreich arbeitender Jugendräte aus anderen Kommunen einfließen. Wir als Kommunalpolitiker*innen freuen uns auf die künftige Zusammenarbeit mit dem Jugendrat. Mit ihm stärken wir nicht nur die Kinderrechte. Wir machen letztlich auch kommunalpolitische Entscheidungen besser, indem sich diejenigen, die von ihnen betroffen sind, aktiv einbringen können. Dies erhöht auch die Akzeptanz getroffener Entscheidungen. Gleichzeitig wird den Jugendlichen Wissen darüber vermittelt, wie ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen funktioniert. So stärken wir die politische Bildung und das demokratische Fundament unserer Gesellschaft von morgen.

Dr. Dominic Larue

Ein Gymnasium in Alfter – als modernes Schulangebot für die Mehrheit unserer Jugendlichen

Die Würfel sind gefallen. Die Gemeinde Alfter kann sich nicht länger darauf verlassen, dass die eigenen Kinder am Ende der Grundschulzeit wie selbstverständlich weiterführende Schulen in den Nachbarkommunen besuchen können. Überall bleiben die Geburtenzahlen stabil oder steigen sogar. Das zeigt der neue Schulentwicklungsplan für Alfter, den Experten Anfang Mai vorgelegt haben. Er berücksichtigt auch den Bedarf der jetzigen Grundschüler, deren Eltern befragt wurden.

Der Trend zum Gymnasium hält demnach auch in Alfter an, so wie in der ganzen Region und fast überall in Deutschland. Diese Schulform wird seit zehn Jahren von der Hälfte der Alfterer Eltern beim Übergang gewählt, im Schuljahr 2021/22 sogar von fast 60%. Auch von den jetzigen Grundschullehrern ist knapp die Hälfte bereits entschieden, ihr Kind an einem Gymnasium anzumelden. Ginge es allein nach den Wünschen der Eltern, würden sogar 61% der nächsten Jahrgänge zum Gymnasium wechseln. Ein Teil der Kinder wird auch in Zukunft nach Bonn oder Bornheim pendeln. Dem deutlichen Ergebnis der Elternbefragung zufolge bleiben aber trotzdem genug Interessentinnen und Interessenten, um ein Gymnasium in Alfter zu gründen, das laut Schulgesetz bei der Gründung drei parallele Klassen haben muss.

Wir Grüne wollen grundsätzlich eine gemeinsame Schule für alle, mit individuell passender Förderung und vielfältigem Schulleben. So würde gute Bildung mit dem Abbau sozialer Ungleichheit verknüpft. Auch die Alfterer Eltern wünschten sich noch 2013 häufiger die Gesamtschule als das Gymnasium. Aber die Gründung einer Gesamtschule ist zweimal gescheitert, und heute fehlt es an Nachfrage, um die erforderlichen vier parallelen Klassen zu füllen. Viele Eltern ziehen für ihre Kinder eine Gymnasialaufbahn vor. Das Gymnasium ist somit zur Schule der Mehrheit geworden.

Wir Grüne werden daher die Gründung eines Gymnasiums mittragen, das schon im Schuljahr 2023/24 in den Räumen der ehemaligen Hauptschule in Oedekoven starten soll. Zugleich werden wir uns dafür einsetzen, das Alfterer Gymnasium tatsächlich zu einer guten Schule für die Mehrheit der Jugendlichen zu machen. Ein modernes Gymnasium ist keine Eliteschule. Es hat ein breites Unterrichtsangebot und fördert Begabungen vielseitig, pflegt eine demokratische Schulkultur, ist offen für Mitgestaltung durch Pädagoginnen und Pädagogen, Eltern und Schüler*innen. Die Gemeinde als Schulträger muss für eine zeitgemäße pädagogische



Architektur sorgen und die notwendigen Erweiterungsbauten rechtzeitig planen, auch damit sie den Unterricht nicht belasten. Sie muss Unterricht und Schulmanagement digital unterstützen, vielfältige Angebote im offenen Ganztags bereithalten und prüfen, wie man Inklusion für Kinder mit Behinderungen gestalten kann. Außerdem muss durch kluge Vereinbarungen mit den Nachbarkommunen rechtzeitig sichergestellt werden, dass sich ein neues Angebot in Alfter sinnvoll in die regionale Bildungslandschaft einfügt. So muss etwa der Zugang zu den auswärtigen Gesamtschulen für Alfterer Kinder ebenso dauerhaft ermöglicht werden wie das gezielte Anwerben spezieller Schulprofile an Bonner Gymnasien, die so in Alfter nicht angeboten werden (z.B. bilingualer Unterricht). Im Umkehrschluss muss das Alfterer Gymnasium auch z.B. im Bonner Westen dauerhaft als attraktive Alternative etabliert werden.

Damit all das schon in der Aufbauphase gut vorbereitet wird, schlagen wir Grüne vor, der Gemeindeverwaltung ein Beratungsgremium zur Seite zu stellen. Ihm sollen neben Mitgliedern des Gemeinderats Vertreter*innen der Grundschulen und der Eltern angehören sowie (sobald sie eingesetzt ist) die von der Bezirksregierung bestimmte Gründungsschulleitung, zudem je nach Fragestellung unabhängige Expertinnen und Experten. So kann in der Öffentlichkeit die gemeinsame Vision eines modernen, innovativen Lernorts für Alfterer Kinder entstehen als Grundlage für eine hohe Anzahl an Anmeldungen.

Dr. Eckhard Klieme und Dr. Dominic Larue

Stand der Planungen am Herrenwingert



Quelle: Königs Architekten

Es tut sich was am Alfterer Herrenwingert. Mit der Umsetzung des ISEK (integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept) zur Entwicklung der neuen Grünen Mitte in Alfter-Ort wurde begonnen. Als erste Maßnahme entsteht die neue Mehrzweckhalle in unmittelbarer Nähe der Grundschule. Im Ausschuss für Gemeindeentwicklung am 05.04.2022 wurden den Mitgliedern der Zwischenstand der Baumaßnahme und die Planungen für die Umgestaltung des Schlossparks vorgestellt.

Umsetzung im Zeitplan aber teurer

Das ISEK (integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept), welches die Fördergelder des Landes für die Grüne Mitte in Alfter beinhaltet, liegt, Stand heute, mit der Durchführung im Zeitplan. Das bedeutet, dass mit einer Fertigstellung der Mehrzweckhalle, für welche derzeit die Arbeiten laufen, im 3. Quartal 2023 zu rechnen ist.

Leider gibt es bereits in Bauphase 1 eine Kostensteigerung. Diese entsteht durch die derzeit stark steigenden Rohstoffpreise und war in der Kalkulation so nicht absehbar. Mit dem Fördermittelgeber ist man zu diesem Punkt im Austausch.

Planung für Schlossgarten vorgestellt

Das Büro RMPSSLA aus Bonn stellte zudem die bisherigen Planungen für den Schlosspark und dessen Einbindung in die neue Grüne Mitte vor. Das Konzept mit mehreren Zugängen, einer vorgelagerten offenen Parkanlage (genannt Parterre), welche eine direkte Verbindung zum heutigen Herrenwingert herstellt, und der Erhalt des bisherigen Baumbestands fanden auch unseren Zuspruch. Ebenso wurde bei den Zugängen darauf geachtet, einen möglichst barrierefreien Zugang mindestens über die Schlossstraße zu ermöglichen. Ebenso wird auf eine Barrierefreiheit innerhalb der Parkanlage geachtet. Der englische Garten und Steingarten neben dem Schloss sollen lediglich instand gesetzt werden. Das angrenzende ehemalige Schwimmbecken soll erhalten und zu einer Boule Bahn mit umliegenden Sitzgelegenheiten umgestaltet werden.

Das Wasserbecken im Heckengarten wird aufgrund seines Zustands in seiner jetzigen Form

nicht erhalten werden können. An seine Stelle tritt ein Rosengarten, der die Form des ehemaligen Wasserbeckens wiedergibt und somit das Element in neuer Form erhält.

Am Ende aller Baumaßnahmen soll eine Achse entstehen, welche die diversen Elemente der Grünen Mitte und des Schlossparks sinnvoll und ansprechend miteinander verbindet.

Kosten bleiben unter Beobachtung

Die Kosten für den Schlosspark sind noch nicht final und werden mit jeder Planungsphase konkreter. Die derzeitige Kalkulation geht von ca. 1 Million € Kosten für den Umbau des gesamten Parks aus. Vor diesem Hintergrund werden wir die Planungen auch weiterhin konstruktiv begleiten, aber auch verstärkt ein Auge darauf haben, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen.

Die von uns Grünen eingeleitete Veränderung des Herrenwingerts hin zu einer attraktiven Mitte mit vielen Möglichkeiten des Aufenthaltes und der sozialen Begegnung nimmt nun Fahrt auf. Die Kombination aus Grüner Mitte und Schlosspark wird zu einer deutlichen Steigerung der Aufenthaltsqualität im Alfterer Ortskern führen.

Wilhelm Windhuis



Quelle: RMPSSLA Vorentwurf Stand März 2022

Witterschlick: Bolzen und Basketball ohne Stolperfallen – Erneuerung des Bodenbelags auf dem Bolzplatz „Auf dem Schurweißel“ beschlossen

Unter den Bedingungen der Coronapandemie haben insbesondere Kinder und Jugendliche gelitten. Möglichkeiten des Lernens waren eingeschränkt, Angebote in Sport und Kultur konnten nicht oder nur unter Einschränkungen stattfinden. Auch die Orte für eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung im öffentlichen Raum sind knapp geworden.

Zu den wenigen Orten in Alfter-Witterschlick, die ohnehin nur für die freie Nutzung durch Kinder, Jugendliche und Familien zur Verfügung stehen, zählt der Bolzplatz an der Straße „Auf dem Schurweißel“.

Der mittlerweile in die Jahre gekommene Bodenbelag weist an vielen Stellen Brüche und Löcher auf. Dies birgt Unfall- und Verletzungsrisiken und schränkt die Möglichkeiten der Nutzung erheblich ein. Um hier Abhilfe zu schaffen, die Infrastruktur der Gemeinde zu sichern und die vollständige Nutzbarkeit des Platzes wieder herzustellen, braucht es eine kurzfristige Erneuerung.

Auf unseren Antrag hin wurde dies in der Sitzung des Gemeinderats am 3. Februar 2022 beschlossen. Die Entscheidung muss jetzt zeitnah umgesetzt werden, damit der Bolzplatz gerade in der warmen Jahreszeit auch gut und viel genutzt werden kann.

Dr. Dominic Larue



Lässt sich die Erweiterung der Tongrube in Witterschlick verhindern?

Grüne in Alfter stellen Forderungskatalog auf

Auf der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Mobilität, Wirtschaft und Digitalisierung am 10.2.2022 wurde die Stellungnahme der Gemeinde Alfter zum Planfeststellungsantrag der Firma SIBELCO Deutschland GmbH zur Nord-erweiterung der Tongrube Witterschlick besprochen und beschlossen. Darin lehnt die Gemeinde die Erweiterung ab.

Neben einem Beschlussvorschlag der Verwaltung hatten wir Grüne als einzige Fraktion eine dreiseitige ergänzende Stellungnahme mit neuen zusätzlichen Kritikpunkten und Forderungen eingereicht. Hierbei legten wir insbesondere Wert darauf, dass

- zur Berechnung der hydrologischen Belastungen die neuesten wissenschaftlichen Regelwerke angewendet werden. Die Firma SIBELCO Deutschland GmbH hat grundsätzlich auf alte Regelwerke hinsichtlich der Regenereignisse zurückgegriffen.
- das Verfahren zur Festlegung des Untersuchungsrahmens (Scoping-Verfahren)

neu festgelegt wird. Die Festlegungen stammen aus dem Jahre 2008. Wir halten die vor 14 Jahren getroffenen Festlegungen für rechtlich überholt und fordern die Ansetzung eines neuen Termins, bei dem der Untersuchungsrahmen neu festgelegt wird.

- für die Häuser der Straße „Am Gärtchen“ ein sog. Beweissicherungsverfahren durchgeführt werden muss, da die Abbaugrenze zwischen 100 und 150 m zur bestehenden Bebauung an der Straße „Am Gärtchen“ beträgt (Quelle: Gemeinde Alfter).

Schon im Vorfeld zur Sitzung hatte die Verwaltung unsere Stellungnahme komplett in den Beschlussvorschlag eingearbeitet. Damit wurden unsere Forderungen in Gänze in die Stellungnahme der Gemeinde an die Bezirksregierung Arnsberg übernommen. Dies ist sehr erfreulich: Das zeitintensive Studium der eingereichten Unterlagen der Firma SIBELCO und die Entwicklung der Stellungnahme haben sich ausgezahlt.

Wilhelm Windhuis

Wenn schon aus dem Vorhaben Kinderkreuzung nichts wird: Kreuzung Tonnenpütz/Mirbachstraße deutlich sicherer machen

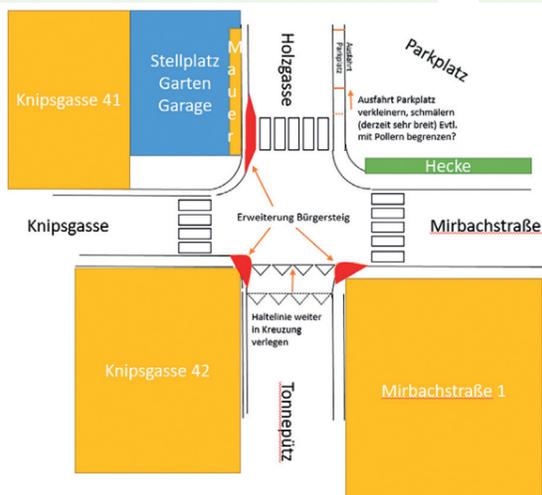
Die Kreuzung Tonnenpütz/Mirbachstraße ist ein unübersichtliches Nadelöhr. Insbesondere durch die fehlenden Bürgersteige ist sie auch gefährlich. Der Kreuzungsbereich wird durch Schulkinder, Studierende der Alanus Hochschule, Eltern auf dem Weg zur Kita sowie Fahrradfahrende, PKWs und LKWs dicht frequen-

tiert. Wir Grünen haben daher einen Antrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich der Kreuzung Tonnenpütz/Mirbachstraße gestellt.

Darin beantragen wir verschiedene Maßnahmen (siehe Abbildung) wie Fußgängerüberwege nach §26 StVO und die Erweiterung der Bürgersteige an den kritischen Stellen.

Viele Menschen berichten uns, dass es dort häufig zu gefährlichen Situationen kommt. Zuletzt gab es 2020 dort einen größeren Unfall mit erheblichem Sachschaden. In der dunklen Winterzeit passieren hier viele Kinder für Autofahrer*innen fast unsichtbar die Straße. Spätestens mit dem Abschluss der Bauarbeiten in Olsdorf muss sich diese Situation ändern, da dann mit erhöhtem Verkehrsaufkommen zu rechnen ist.

Benedikt Malitte



mehr Infos

Vom Freiheitsbegriff

Von der „freien Fahrt für freie Bürger“ zur Fähigkeit, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen

Wir haben in den letzten Jahren viel von der Freiheit gehört, die angeblich durch staatliche Eingriffe wie die Maskenpflicht (deren Abschaffung als ‚Freedom-Day‘ gefeiert wird) oder gar eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen schwerwiegend bedroht wird.

Untersuchen wir dies etwas genauer, so wird klar, dass der Freiheitsbegriff, der unsere Gesellschaft und unsere Verfassung trägt, anders ausgelegt ist. Die Aufklärung hat im 18. Jahrhundert die Handlungsfreiheit, die Bürger- und Menschenrechte sowie das Gemeinwohl in den Vordergrund gestellt und so wesentlich zur Ablösung der absolutistischen, undemokratischen und willkürlichen Herrschaftssysteme beigetragen. Aus dieser Geisteshaltung wurde bereits 1789 in der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte festgestellt (§4):

„Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was einem anderen nicht schadet.“

Dies wurde später von vielen anderen weitergetragen und in unsere Rechtssysteme eingearbeitet. So heißt es in unserem Grundgesetz (§2):

„(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt ... (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“

Eindeutiger geht es nicht. Das Recht auf die Freiheit zu tun, was ich will, hat seine Grenze unter anderem in der körperlichen Unversehrtheit des anderen.

Ein weiterer, wichtiger Aspekt ist die Bereitschaft, Verantwortung für die eigenen Taten zu übernehmen – auch wenn die Folgen nicht direkt sichtbar sind. Beispiele wären die Infektion eines Menschen, den ich gar nicht kenne, bedingt durch meine fehlende Bereitschaft, andere durch meine Maske zu schützen, und damit evtl. eine Infektionskette mit schwerwiegenden Folgen auszulösen.

Das Gleiche gilt für den massiven Verbrauch fossiler Brennstoffe. Unvernünftig hohe Geschwindigkeiten beim Autofahren sind dabei nur die Spitze des Eisberges. Dennoch wäre eine Geschwindigkeitsreduktion für jeden sofort und ohne große Opfer möglich. Es ist zweifelsfrei belegt, dass die Folgen der Raserei von vermehrten Staus und schweren Unfällen über die Erderwärmung auch zu Hungersnöten und Migration führen. Gerade der rechtswidrige und grausame Angriff auf die Ukraine hat uns noch einmal die geopolitischen Folgen unserer Gier nach fossilen Brennstoffen vor Augen geführt.

Aber – wenn alles so klar ist – warum ändert sich dann so wenig? Unter den vielen Aspekten dieses Problems steht die leider generell wenig entwickelte Fähigkeit von uns Menschen, die Folgen unserer Taten in unser Handeln einzubeziehen, wenn diese nicht direkt erkennbar sind. Wir können, im Persönlichen wie im Gesellschaftlichen, Widersprüche zwischen unseren Einstellungen und unserem Verhalten (sog. kognitive Dissonanzen), ganz gut aushalten. Vieles spricht dafür, dass bereits in unserer biologischen Grundausstattung wenig darauf vorbereitet ist, weitsichtig die

Folgen unseres Handelns zu berücksichtigen. Bisher (!) gab es keinen evolutionären Vorteil dafür.

Wir sind aber nicht allein auf unsere biologische Grundausstattung angewiesen, denn mindestens ebenso wichtig ist die kulturelle Ausbildung unserer Verstandesfähigkeiten. Es hat sich zunehmend ein neues Verständnis ausgebreitet. Wir sind in einer Übergangsphase. Nach Otto Scharmer, einem deutschen Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), der sich mit Veränderungsprozessen befasst, besteht dieser Wechsel vom ‚Ego-System‘, in dem nur die jeweils eigenen Interessen, vor allem in der Wirtschaft, im Vordergrund stehen, zu einem ‚Öko-System‘, das auf einem Verständnis der ökologischen Systeme, der Nachhaltigkeit und unserer gegenseitigen Abhängigkeiten beruht. Zu diesem Übergang gehört auch die Fähigkeit, die Folgen unseres Handelns auch dorthin zu verfolgen, wo wir sie nicht direkt sehen können.

Auch wenn die rasante Fahrt auf der Autobahn unfallfrei verläuft, richtet sie doch leicht vermeidbaren, aber nicht direkt sichtbaren Schaden an. Für Geschwindigkeitsbeschränkungen wurden von Greenpeace deutliche Reduktionen des Rohöl-/Treibstoffverbrauches errechnet, die unsere Abhängigkeit von Importen rasch reduzieren könnten.

Im Kontext dieser tiefgreifenden Veränderung ist die Ablösung jener Regierungen, die die Klimapolitik verschleppen, und die Erstarkung der ökologischen Kräfte ganz wesentlich. Dabei geht es nicht allein um bestimmte politische Programme, sondern vor allem um das Einführen einer ganzheitlichen, an ökologischen Systemen orientierten Sichtweise.

Die im Eingang aufgeführten Freiheitsargumente wirken wie ein rückwärts gerichtetes Aufbäumen zur Erhaltung der dem Gemeinwohl schädlichen Privilegien. Teilweise sind sie an Armut der Argumente nicht zu überbieten, wenn z.B. behauptet wird, aus Mangel an Schildern könne keine Geschwindigkeitsbegrenzung eingeführt werden.

Wir sollten uns nicht in der falschen Spaltung zwischen ‚Freiheit‘ und ‚Öko-Diktatur‘ fangen lassen, wie sie gerne von politischen Gegnern zelebriert wird. Unsere Zukunft sichert nur die Freiheit zum selbstbestimmten Handeln in Verantwortung für dessen Folgen.

Prof. Dr. med. Axel Glasmacher

„Die gute Graue“ zum Tag des Baumes:

Älterer Grüne pflanzen eine alte Birnensorte auf ihrer Streuobstwiese.

Anlässlich des „Tag des Baumes“ trafen sich die Grünen auf der Streuobstwiese am Mittelpfad, um einen hochstämmigen Birnbaum zu pflanzen. Mit dabei war auch Arnd Kuhn, unser Landtagskandidat für den Wahlkreis 27.

Der Tag des Baumes wurde in diesem Jahr zum siebzigsten Mal begangen. Im November 1951 wurde dieser Tag von der UN beschlossen. Anlass damals war der schlechte Zustand der Wälder nach dem 2. Weltkrieg. An Aktualität hat er seit damals nicht verloren.

Arnd Kuhn erinnerte mit seiner Teilnahme an der Pflanzaktion, dass Bäume vor allem wegen der zunehmenden Erderwärmung immer wichtiger werden. „Sie sind Oasen, die Schatten spenden und durch Wasserverdunstung kühlen. Bäume nehmen Kohlendioxid auf und speichern dieses Treibhausgas langfristig. Wir brauchen mehr davon.“

Das Pflanzen eines Obstbaumes auf einer Streuobstwiese hat dazu noch einen ganz besonderen Wert für den Artenschutz. Der Lebensraum „Streuobstwiese“ steht mittlerweile auf der Roten Liste der gefährdeten Biotoptypen. Mit bis zu 5000 Tier- und Pflanzenarten stellt er einen der artenreichsten Lebensräume in Mitteleuropa dar.

Und Last but not Least: Auch wenn die Arbeiten auf der Streuobstwiese oft anstrengend sind: Sie schaffen ein Gemeinschaftsgefühl und die Kirschernte oder die Apfelernte sind absolute Höhepunkte.

Dr. med. Sabina Glasmacher

Quo vadis Pazifismus?

Keine demokratische Partei ist mehr in der Friedensbewegung verwurzelt als BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN. Dies hat ihr zeitweilig sehr hohe Zustimmungswerte beschert – insbesondere nach dem NATO-Doppelbeschluss und der damit einhergehenden nuklearen Aufrüstung. Spätestens nach dem archaischen und barbarischen Überfall Russlands auf die Ukraine stellt sich allerdings die Frage, ob die Vorstellung von einer Welt ohne Waffen nicht nur naiv, sondern auch gefährlich ist.

Es sind vor allem diese beiden Pole, die die Diskussion prägen:

1. Abschreckung und militärische Stärke sind überlebensnotwendig

Demokratien, die ihre Verteidigungsfähigkeit verlieren, gehen ein hohes Risiko ein, früher oder später unterzugehen. Es ist der Menschheit bisher nicht gelungen, eine Weltordnung zu schaffen, die autokratische und aggressive Regime sicher verhindert. Das haben weder Philosophen geschafft (Kant „Zum ewigen Frieden“) noch internationale Organisationen, wie die Vereinten Nationen. Tatsächlich sind zwar die Militärausgaben im Verhältnis zum GDP seit 1960 gesunken, aber die Diskrepanz im Vergleich beispielsweise zu den Ausgaben für Entwicklungshilfe ist eklatant. Im UNHauptquartier in New York City tickt die „daily military worldwide expenditure clock“. Sie zeigt die täglichen, weltweiten Ausgaben für Rüstung und ist überschrieben mit einem Zitat des ehemaligen UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon: „The World is over-armed and peace is underfunded“. Niemand wird bezweifeln, dass diese Gelder zur Eindämmung des immer bedrohlicher werdenden Klimawandels und zur Verringerung des Hungers in der Welt besser angelegt wären.

2. „Humane Ziele können nicht mit inhumanen Mitteln erreicht werden“

Dieser Satz stammt aus dem zweiten Grundsatzprogramm der Grünen (beschlossen im März 2002) und reflektiert einen der vier Grundsätze der Partei (ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei). Es ist das programmatische Kontrastprogramm zur Praxis der Abschreckung. Aber anders, als es manche Medien glauben machen, ist es nicht plötzlich mit dem Überfall von Russland auf die Ukraine hinterfragt worden. Tatsächlich gab es in der noch jungen Geschichte der Grünen eine stufenweise „Anpassung“, die mit der am Anfang stehenden – sehr fundamentalen – Forderung nach Abschaffung der militärischen Blöcke begann und dann in mehreren Stufen modifiziert wurde (Zusammenschluss der grünen Bewegungen in West- und Ostdeutschland, Bosnienkrieg...) bis hin zur Gegenwart, in der führende Politiker*innen von BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN

in Regierungsverantwortung sich für militärische Unterstützung der Ukraine stark machen und eine offensive Politik gegenüber Russland vertreten (die Abhängigkeit von Russland-Gas war allerdings schon länger vielen in der Partei ein Dorn im Auge). Der neue grüne Pragmatismus strapaziert auch die eigenen Reihen, gewinnt aber in der Bevölkerung an breiter Zustimmung. Eine endgültige Bewertung wird erst später möglich sein, denn es gibt keine road map für den Umgang mit Aggressoren.

Ironischerweise haben beide Positionen zwei wesentliche Merkmale gemeinsam: Sie sind beide naiv und trotzdem notwendig.

Naiv ist die Politik der Abschreckung („mutually assured destruction“), weil es keine Garantie dafür gibt, dass

führende demokratische Staaten oder Bündnisse eine angemessene militärische Überlegenheit haben und/oder

die Führung eines aggressiven und totalitären Regimes oder auch eines ebensolchen Bündnisses eben doch alles riskiert und das Überleben der Menschheit aufs Spiel setzt.

Naiv ist der Pazifismus, wenn er dazu führt, äußere Sicherheit zu früh und einseitig abzubauen. Der Frieden, den wir in Deutschland seit Jahrzehnten genießen, beruht auf den militärischen Fähigkeiten der USA, die uns dankenswerterweise zur Verfügung stehen und für die wir einen unterproportionalen Beitrag leisten. Inzwischen schwant immer mehr Menschen, dass diese Schlaraffenlandphase bald ein Ende finden könnte. Denn auch die volle Unterstützung der derzeit einzigen Supermacht USA ist keineswegs garantiert – man denke nur an den erratischen Präsidenten Trump, dem die VR China näher zu stehen schien als die EU.

Vielleicht liegt die Naivität aber auch darin begründet, dass wir Menschen uns ein Maß an Sicherheit wünschen, dass es so nicht geben kann.

Das alles zeigt, wie fragil die aktuelle Friedensordnung ist, zumal ja der eigentliche „elephant in the room“ – China – sich noch zurückhält. Aber genau deshalb ist es überlebenswichtig, dass Politik und Gesellschaft in demokratischen Staaten ihren Kompass für demokratische Werte und ihren Glauben an eine friedliche Welt bewahren. Worin sonst sollte sich die Motivation gründen, dass nach jeder Krise die Hoffnung auf eine bessere Zukunft keimt und die Menschen dazu animiert, sich für humanitäre Ziele zu engagieren. Deswegen ist es dumm, Pazifismus gegen die „Realpolitik“ der Abschreckung zu setzen. Mangels besserer Alternativen brauchen wir beides.

Hermann Huckert





mehr Infos

ZEIT FÜR GRÜN

Keine Chance für sichere Radwege durch Alfter?

Wir Grünen sind der Ansicht, dass nach Jahren des Stillstandes dringend etwas in der Gemeinde getan werden muss, um den Radverkehr sicherer und auch bequemer zu machen. Zwar haben wir in Alfter jetzt endlich die von uns bereits 2012 beantragten Fahrradboxen an der S 23 in Impekoven und Witterschlick sowie an der Stadtbahnhaltestelle Alfter Alanus, jedoch soll man als Radfahrender dort auch sicher hinkommen.

Die Anlage von Radwegen ist sowohl in Witterschlick als auch in den engen Straßen von Alfter Ort leider nicht möglich. Von uns ebenfalls bereits 2012 beantragte Schutzstreifen für Radfahrende wurden vom Straßenverkehrsamt aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt, zum Beispiel in der Bahnhofstraße.

Die Alfterer Pelzstraße und die Witterschlicker Hauptstraße sind aufgrund parkender Fahrzeuge, LKWs und gefährlichem Begegnungsverkehr für Radfahrende nicht zumutbar. Zudem sind sowohl die Zentren als auch andere wichtige Orte wie Bahnhöfe Schulen oder Sportstätten nicht adäquat mit dem Fahrrad erreichbar.

Daher haben wir im Alfterer Rat beantragt, eine ganze Reihe von Straßen und Straßenzügen zeitnah durch die Verkehrskommission und das Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises hinsichtlich ihrer Eignung zur Fahrradstraße zu prüfen.

Dem Antrag liegt ein Grünes Fahrradstraßen-Konzept zugrunde. Durch ein Netz von Fahrradstraßen soll gewährleistet werden, dass der Radverkehr zum einen an stark befahrenen Straßen vorbeiführt wird und zum anderen sichere Verbindungen zu wichtigen Orten und Zentren im Gemeindegebiet geschaffen werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima, Mobilität, Wirtschaft und Digitalisierung

Wozu dienen Fahrradstraßen und welche Regeln gelten dort?

Fahradstraßen sollen Vorteile für Radfahrende gegenüber dem Kfz-Verkehr schaffen und so auch zu mehr Sicherheit führen. Eine Fahrradstraße muss sich baulich nicht von einer anderen Straße unterscheiden. Daher können vorhandene Straßen als Fahrradstraßen ausgewiesen werden. Dies geschieht durch die Zeichen 244.1 „Beginn der Fahrradstraße“ und 244.2 „Ende der Fahrradstraße“.

Die Fahrradstraße ist grundsätzlich dem Radverkehr vorbehalten. Häufig wird anderen Fahrzeugen das Befahren durch Zusatzzeichen gestattet. Für alle Fahrzeuge gilt eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h. Zudem ist es erlaubt, dass Radfahrende nebeneinander auf der Fahrradstraße fahren. Der Radverkehr darf weder behindert noch gefährdet werden. Andere Kfz müssen daher ggf. ihre Geschwindigkeit weiter reduzieren.

Vorfahrtsregeln und Rechtsfahrgebot gelten auf Fahrradstraßen wie auf anderen Straßen.

Das Parken in der für andere Verkehre freigegebenen Fahrradstraße ist grundsätzlich gestattet. Einschränkungen werden wie auf anderen Straßen entsprechend durch Verkehrsschilder ausgewiesen.

Fahradstraßen können

- Hauptverbindungen des Radverkehrs im Straßennetz sichtbar machen
- Qualität und Attraktivität von wichtigen Verbindungen erhöhen
- den Radverkehr bündeln und lenken, z.B. unter Berücksichtigung eines beschilderten Radroutennetzes
- eine Alternative zu viel befahrenen Hauptverkehrsstraßen sein
- als innerörtliche Fortführung einer Rad-schnellverbindung oder Radpendlerroute dienen.

Das Einrichten einer Fahrradstraße ist für Kommunen eine einfache und preiswerte Lösung, um Radfahrenden mehr Platz und Sicherheit einzuräumen. Durch klare Regeln bieten sie mehr Sicherheit für Radfahrende und vermeiden das Auftreten von Konfliktsituationen.

der Gemeinde Alfter befürwortete zwar die Einrichtung von Fahrradstraßen, jedoch hat man auch bei diesem Vorhaben die Rechnung ohne das Straßenverkehrsamt des Rhein-Sieg-Kreises gemacht.

Dieses hat keine der zur Überprüfung vorgelegten Straßen als Fahrradstraße akzeptiert.

Die Gründe laut Straßenverkehrsamt:

- Erforderliche Fahrgassenbreiten (4.00m) werden teilweise unterschritten.
- Hoher innerörtlicher Durchgangsverkehr – daher sei Radverkehr keine dominante Verkehrsart
- Hoher Parkdruck
- Keine strategische Funktion im örtlichen Radverkehrsnetz

Richtig ist, dass Fahrgassenbreiten (4.00m) teilweise etwas unterschritten werden. Allerdings wird damit auch bei den Einbahnstraßen argumentiert, die aber alle eine Fahrgassenbreite über 2,00m haben.

Dass der Radverkehr nicht die dominante Verkehrsart ist, wundert bei den Gegebenheiten keinen. Seit der Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung ist das auch nicht mehr notwendig. Seitdem gilt, dass eine Fahrradstraße lediglich ein hohe Radverkehrsdichte haben muss. Das dürfte bei besseren Bedingungen auch in Alfter zu schaffen sein.

Auch der hohe Parkdruck wundert keinen, wenn alternative Ansätze zum PKW nicht zum Zuge kommen.

Interessant ist auch die Argumentation mit der mangelnden strategischen Funktion im örtlichen Radverkehrsnetz, zumal diese im Antrag ausführlich erläutert wurde.

Als Kommunalpolitiker fällt es einem immer schwerer, folgenden Gegensatz aufzulösen oder auch nur Verständnis dafür aufzubringen: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fordern, dass mehr für den Radverkehr getan werden muss. Wenn es aber „zum Schwur“ kommt, können immer noch hinreichend Gründe ins Feld geführt werden, doch alles so zu lassen wie es ist. Dies ist nicht alleinige Schuld des Straßenverkehrsamtes. Vielmehr gibt es für Fahrradstraßen eine Fülle von Vorschriften und Empfehlungen, die von den Behörden generell mehr oder weniger restriktiv angewendet werden und häufig zur Ablehnung von Fahrradstraßen führen. Zugestanden ist natürlich, dass eine Fahrradstraße mindestens vier Meter breit sein soll. Fraglich ist aber, ob es wirklich so schlimm ist, wenn eine Fahrradstraße nur 3,50 Meter breit ist. Man schränkt schließlich auch nicht bei einer Straße den Kfz-Verkehr ein, wenn die Bedingungen hierfür nicht optimal sind. Pelzstraße und Hauptstraße sind mit Parkraum und zu geringem verbleibendem Straßenraum beste Beispiele dafür.

Fazit: Es soll Alles so bleiben wie es ist. Der Autoverkehr hat weiter die dominierende Rolle, Radfahren in Alfter bleibt auf vielen Routen unbequem, mitunter sogar gefährlich.

Denn: Für Radwege ist kein Platz. Für Schutzstreifen reichen die Fahrbahnbreiten nicht aus. Für Fahrradstraßen sind laut Straßenverkehrsamt die Fahrbahnbreiten zu gering. Was bleibt also übrig, um den Radverkehr in Alfter zukünftig sicherer zu führen? Erstmal nichts.

Lediglich zwei von uns nicht zur Prüfung vorgeschlagenen Straßen wurden vom Straßenverkehrsamt als Fahrradstraßen vorgeschlagen: Am Bähnchen und Lessenicher Weg. Allerdings ist die Straße Am Bähnchen sowieso Bestandteil der Radpendlerroute Bornheim – Alfter – Bonn und die paar Meter Lessenicher Weg, die nicht Landwirtschaftlicher Weg sind, eine ruhige Anliegerstraße....

Bleibt zu hoffen, dass Gesetze, Verordnungen und Empfehlungen möglichst schnell so geändert werden, dass Straßenverkehrsämter mehr Spielraum bei ihren Entscheidungen haben. Dann müssen sie nur noch wollen.

Michael Schroerlücke



Ziele und Maßnahmen des Grünen Fahrradstraßen-Konzepts für Alfter:

Ziel des Konzepts ist es, den Radverkehr zum einen über Fahrradstraßen an der Pelzstraße und der Witterschlicker Hauptstraße vorbeizuführen und zum anderen durch ein Netz an Fahrradstraßen sichere Verbindungen zu wichtigen Orten (Schule, Sportstätten, Verküpfungspunkte mit dem Nahverkehr, Lückenschlüsse im Radwegenetz) und Zentren im Gemeindegebiet zu schaffen.

Zur Umfahrung von Pelzstraße und Kronenstraße werden zwei Straßenzüge benötigt, da es sich teilweise um Einbahnstraßen handelt:

- Knipsgasse zwischen Hertersplatz und Tonnenpütz/Holzgasse
- Mirbachstraße ab Tonnenpütz/Holzgasse bis Jakob-Reuter-Straße
- Lukasgasse unter Beibehaltung des teilweise für Radfahrende geöffneten Einbahnstraßenbereichs.
- Holzgasse
- Möthengasse und Möthenpfad zwischen Landgraben und Holzgasse.

Der Landgraben ab Am Bähnchen bis zum Kreisverkehr an der Mirbachstraße ermöglicht Radfahrenden eine sichere Verbindung aus dem Ortskern zur geplanten Radpendlerroute Bornheim – Alfter – Bonn unter Vermeidung von Stühleshof und Bahnhofstraße sowie des Bahnübergangs der Linie 18.

Derr Straßenzug Hertersplatz, Görreshof und Strangheidgesweg dient als sichere Verbindung aus dem Ortskern zum Sportplatz.

Der Straßenzug Tonnenpütz und Lohhecke ist eine nachgefragte Verbindung zwischen den Alanus-Standorten.

Jungfernpfad und Tempelstraße dienen als sichere Verbindung aus den Hanglagen zu den Märkten in Oedekoven.

Über Kirchweg und Nettekovener Straße kann die Witterschlicker Hauptstraße, wo seit Jahren keine Lösung für sicheres Radfahren gefunden wird, sicher umfahren werden. Die Kirchstraße ermöglicht zudem das Umfahren der problematischen Kreuzung der Hauptstraße mit der B56 und dem Ahrweg. Zwischen der Nettekovener Straße und dem Kirchweg befindet sich zudem eine Wegeverbindung, die, sobald sie ordentlich hergerichtet ist (man erkennt sie aktuell kaum als Weg), eine sichere Verbindung zwischen Kirchweg und Nettekovener Straße gewährleistet. Radfahrende können sich dann den „Schlenker“ über Hauptstraße und Raiffeisenstraße sparen.

Geltorfstraße, Heerstraße und Grüner Weg sind eine nachgefragte Verbindung zwischen Witterschlick und Volmershoven auf der östlich der Bahn gelegenen Seite. Sie sind darüber hinaus eine bei Radfahrenden beliebte Zufahrt zum Kottenforst.

Dies gilt auch für die Straßen Auf dem Acker und Kottenforststraße westlich der Bahn.

Auch die Schmale Allee ist für Radfahrende interessant. Sie ist eine gute Abkürzung zwischen der L113 und der B56. Sie wird zudem sehr häufig von Radfahrenden im Freizeitverkehr genutzt. Gleichzeitig ist sie aber auch Zufahrtstraße für das Kiesabbaugebiet sowie den Angelpark und einige Gebäude und Höfe. Die Straße wird zudem häufig von LKWs genutzt. Eine sichere Regelung für Radfahrende ist wünschenswert. Gleichzeitig muss dann aber für Fußgängerinnen und Fußgänger ein Fußweg geschaffen werden.

... und dann gibt es noch die Sache mit der Berichterstattung der SPD. Wir Grünen hatten eine umfangreiche Liste mit Straßen zur Prüfung eingereicht, die nach unserer Ansicht in Fahrradstraßen umgewandelt werden können. Nach Prüfung durch den zuständigen Rhein-Sieg-Kreis wurden alle Vorschläge abgelehnt. Nun veröffentlichte die SPD in „Klartext Alfter“ aus April 2022 einen ausführlichen Artikel zum Thema Fahrradstraßen, der sich mit der Ablehnung von Fahrradstraßen in der Gemeinde auseinandersetzt. Es wird allerdings kein Antragsteller genannt, was den Schluss zulässt, die SPD habe hier die Federführung gehabt. Ob es so gewollt ist? Richtig ist allerdings, dass wir Grüne den Antrag gestellt haben und es lediglich ergänzende Vorschläge anderer Fraktionen gab.

Wilhelm Windhuis

Verbindungsweg zwischen Kirchweg und Raiffeisenstraße herrichten!

Zwischen Raiffeisenstraße und Kirchweg in Witterschlick befindet sich ein Verbindungsweg, der kaum noch erkennbar ist. Er ist darüber hinaus uneben und zu Regenzeiten sehr matschig.

Er wäre bei guter Beschaffenheit eine sehr nützliche Abkürzung für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrende und sollte deshalb so hergerichtet werden, dass er gut nutzbar ist.

Radfahrenden ermöglicht er darüber hinaus das Umfahren eines kurzen Abschnitts der Hauptstraße zwischen den Einmündungen Kirchweg und Raiffeisenstraße.

Auch Bürgerinnen und Bürger wünschen eine Verbesserung des Zustands und haben diesen Wunsch schon an die Politik herangetragen.

Daher haben wir Grüne in der Sitzung des Rates im Februar 2022 beantragt, diesen Weg mit einer wassergebundenen Decke zu versehen und so herzurichten, dass er für Radfahrende sowie Fußgängerinnen und Fußgänger gut nutzbar ist.

Michael Schroerlücke



Impressum:

HerausgeberIn:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
Ortsverband Alfter
Ratsfraktion Alfter
www.gruene-alfter.de

Redaktion: Michael Schroerlücke
Mechtild Wallraff-Kaiser
Wilhelm Windhuis

V.i.S.d.P.: Michael Schroerlücke
Lorenweg 48
53347 Alfter

Wilhelm Windhuis
Buschhovener Straße 35 b
53347 Alfter

Redaktionschluss: 31. Mai 2022

Satz, Druck: DWGV Litterscheid
Von-Weichs-Str. 23
53121 Bonn

Sonnenblume: © shutterstock_2160371423

Auflage: 10.500 Exemplare